



Über den sozialistischen Impetus der Rätebewegung in Österreich

Eine Dokumentation

HANS HAUTMANN

Es kracht schon seit Monaten hörbar im Gebälk des kapitalistischen Systems, und die Wirtschaftsmächtigen gemeinsam mit ihren politischen Handlangern werden wieder einmal die Krise auf Kosten der Masse der Menschen zu applanieren suchen. Die „Mitarbeiter“, sofern sie nicht gleich aufs Pflaster geworfen werden, sollen Lohnkürzungen hinnehmen, der Staat (sprich: die Zahler der Massensteuern) soll mit Milliardenbeträgen sowohl dem Geldkapital als auch dem „Realkapital“ – hinlänglich bekannt als der selbstlos wohlthätige „Schaffer der Arbeitsplätze“ – unter die Arme greifen, damit eine Wiederbelebung eintritt, die dann in eine erneute Konjunktur übergeht, die dann wie das Amen in der Kirche mit einer erneuten Krise endet, und so weiter ad infinitum.

In solchen Zeiten ist es nützlich, daran zu erinnern, dass es zum bloßen Hinnehmen der Zumutungen seitens der Herrschenden auch Alternativen gibt. Die Geschichte der Klassenkämpfe in unserem Land kennt dafür Beispiele genug. Eines der anschaulichsten und lehrreichsten ist das Wirken der Arbeiter- und Soldatenräte in den Anfangsjahren der Ersten Republik. Darüber hat der Autor vor 21 Jahren ein Buch im Umfang von 800 Seiten veröffentlicht.¹ Im Rahmen dieses Beitrags beschränken wir uns auf solche Quellenbelege, die von Anhängern der Sozialdemokratie stammen und deren antikapitalistische Haltung verdeutlichen. Liest man sie, dann verwundert es nicht, dass das tunlichste Vergessenmachen, Verschweigen und Vertuschen dieses Teils der österreichischen Vergangenheit für unsere Machteliten nach wie vor ein striktes politisches Gebot ist.

Ein Forderungskatalog

Am 1. Februar 1919 verabschiedete der Arbeiterrat in Wels in Oberösterreich eine Protestresolution, in der die

Erbitterung der Arbeiterschaft über die Zustände im Ernährungswesen drastisch zum Ausdruck kam. Es handelt sich hier um ein Dokument, das einfache Menschen formulierten, ohne kunstreiche Geschliffenheiten in Satzbau und Stil, dafür umso authentischer den proletarischen Sprachduktus bezeugend: „Die heute am 1. Februar in Wels versammelte industrielle Arbeiterschaft, welche an der Grenze ihrer Leistungs- und Lebensmöglichkeit angelangt ist, erhebt nachfolgenden Protest und verlangt energischste Durchführung folgender Punkte:

1. Rücksichtslose Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln.

a) Verfall der Ware zu Höchstpreisen.

b) Strengste Bestrafung der oder mehrerer Personen in Geld und Kerker.

c) Die lückenlose Kontrolle bei Tag und Nacht in Bahnhöfen, auf Zugangsstraßen und Wegen des Stadtgebiets.

d) Einführung des Kontrollblockes bei Abnahme der Ware von Seiten der bestellten Organe sowie die Einsichtnahme der Arbeitervertrauensmänner, wann, wo und wie viel verausgabt wird. / (...)

3. Wir erheben Protest gegen die Anhäufung von Lebensmitteln bei den Bürgerlichen infolge des Schleich- und Tauschhandels auf Kosten der breiten Volksmasse. Wir verlangen die unbedingte Erfassung der Mehlvorräte in Stadt und Land sowie deren gerechte Verteilung, da Mehl im Schleichhandel genügend vorhanden ist.

4. Wir verlangen, ins solange die Arbeiterschaft nicht besser versorgt ist, die unbedingte Einschränkung der Mehlverpflegung in Gasthäusern, eventuell die Einführung der Gasthauskarte nach deutschem Muster. Wir erheben Protest gegen die unbeschränkte Ausspeisung, besonders bei Hochzeiten, Kränzchen und dergleichen Anlässen in der Stadt und den Landbezirken von Wels.

5. Wir protestieren gegen die schlechte

Versorgung mit Fleisch sowie gegen die fallweise Hinterziehung der ohnehin schon knappen Rationen. Wir verwahren uns abermals gegen die Bevorzugung der Reichen mit Fleisch, Innereien und dergleichen sowie gegen die Erzeugung von Luxuswurst. Wir fordern die strengste Überwachung der Gast- und Kaffeehäuser, die dem Schleichhandel dienen.

6. Wir protestieren gegen die dermalige Zusammensetzung der Zentralen und Viehverwertungsstellen, die dem Schleichhandel en gros dienen. Wir fordern daher die teilweise Besetzung mit Arbeitervertretern.

7. Wir verlangen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter eine ständige Brotkontrolle gegen die schlechte Backung und Mischung von Seiten der Erzeuger. / (...)

9. Wir verlangen die rascheste Beschaffung von billigen Brennmaterialien für die Arbeiterschaft unter eventueller Heranziehung aus den Lagerbeständen des vormaligen Militärärars, da selbes vom Volk bezahlt wurde.

10. Wir protestieren gegen die ständige Verschlechterung der Milchliefierungen von Seiten der Landwirtschaft und verlangen deren unnachsichtige Durchführung, da erwiesenermaßen Milch, Rahm und Butter im Schleichhandel in Mengen geliefert wird.

11. Wir protestieren gegen die bestehenden Preise aller Konsumartikel sowie gegen die unerhörten Preise, welche von Seiten der Landwirte nebst Tausch für ihre Produkte verlangt werden; derartige Habsucht treibt die Bevölkerung dem Ruin entgegen. / (...)

13. Wir fordern die eheste Freimachung aller zweckdienlichen Objekte und Gebäude für Arbeiterwohnungen, um dem krassen Wohnungselend gegenzusteuern.

14. Wir protestieren auf das Entschiedenste gegen die noch dermalige Besetzung der Bezirkshauptmannschaft und fordern die Entfernung der Herren Döring und Schönborn.

*Die Arbeiterschaft erblickt in diesen Verlangen eine gerechte Forderung im neuen demokratischen Staat, nach fünfjährigen Entbehrungen aller Art unter Hintansetzung von Leben und Gut im Interesse der Gesamtheit, zum Schutz ihrer Stellung und Würde und hat in langen Geduldsproben ihre Ruhe in Gesamtheit bewahrt, hofft aber auch auf Verständnis aller gut gesinnten Stände, zum Schutz der jungen Republik des neuen Staates Deutschösterreich.*²

Stimmen auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte

Drei Tage nach dem Welser Beschluss, am 4. Februar 1919, entlud sich in Linz die unerträgliche materielle Not der arbeitenden Menschen, zusätzlich angeheizt durch schamlose Preistreibereimethoden der „Landstraßenbourgeoisie“, in Demonstrationen und schweren Unruhen. Zahlreiche Geschäfte auf der Linzer Landstraße wurden geplündert. Am 22. Februar 1919 kam es auch in Graz zu einer Revolte von Kriegsinvaliden, Heimkehrern und Arbeitslosen mit Straßenkämpfen, die vier Tote und dreizehn Schwerverletzte forderten. Eine erneute Welle scharfer Klassenauseinandersetzungen kündigte sich an, und die österreichische Revolution ging in ihre sozialrevolutionäre Phase über. Die Sozialdemokratische Partei entschloss sich nun, die Arbeiterräte zusammenzufassen, zu reorganisieren, auszubauen und zu einem „Forum der gesamten Arbeiterklasse“, zum „Parlament proletarischer Demokratie“ politisch aufzuwerten.

In seiner Eröffnungsrede auf der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs, die am 1. und 2. März 1919 im Arbeiterheim Favoriten stattfand, sagte der Parteivorsitzende Karl

Seitz: „Wir stehen heute gegenüber einem allgemeinen Drängen der Arbeiterschaft nach Änderung des Bestehenden. Ich spreche da nicht von den geschulnten Sozialisten, die sehr weit links stehen, sondern von dem Drängen der Massen des Volkes. Es ist nicht begründet in einer Lehrmeinung oder in revolutionärem Temperament. Es entspringt der Stimmung der großen Volksmassen, nicht nur der Industriearbeiter; es geht weit hinein in Schichten, die man bisher zur Bourgeoisie gerechnet hat, und in die Reihen der Träger neuer politischer Kraft, der Frauen. Sie alle wollen, dass die Sozialdemokratie gründlich aufräume und Neues an die Stelle des Alten setze.“³

Das war etwas indirekt und eher anspielend formuliert. Deutlicher wurden die sozialdemokratischen Basisdelegierten. Dazu nur vier Redepassagen.

Mayerhofer aus Steyr: „Es gärt in der Provinz gewaltig. (...) Draußen verlangt man stürmisch die Diktatur des Proletariats, weil wir jahrhundertlang unter der Diktatur der Gegner gestanden sind.“

Ferencz aus Wien: „Die Massen fühlen, dass sie zuviel gelitten haben, sie wollen die Sozialisierung, die rasche und die volle Sozialisierung. Alles, was Produktionsmittel ist, muss den Arbeitern gehören.“

Bichler aus Wien: „Es wird uns von den führenden Genossen etwas verschwiegen. Der Sozialismus ist bereits geboren, das soll man nicht verschweigen. Die Möglichkeit seiner Durchführung ist bereits da. (...) Das Unrecht muss rasch beseitigt werden. Diktatur des Proletariats!“

Kloß aus Liesing: „Dass der Bolschewismus in Deutschland immer weitere Kreise zieht, soll unseren Blick nicht trüben. Wir wollen gemeinsam mit ihnen für

den Sozialismus kämpfen. (...) Heute fragt sich jeder Arbeiter: ‚Sollst du weiter für den Kapitalisten arbeiten?‘“⁴

Unter dem Eindruck solcher Reden wurde auch Karl Seitz in seinem Schlusswort offener: „Wir waren nie Männer der schwachen Worte und leeren Drohungen. (...) Wenn es uns nicht gelingt, die Sozialisierung rasch zu machen unter Mitarbeit der Bauern, dann wird es auf anderem Wege gemacht durch die Diktatur des Proletariats. (...) Es kann einer in seinem Inneren ein Gegner der Diktatur sein, mit seinem ganzen Herzen dagegen sein, und er wird sich doch sagen müssen: Es gibt nur zwei Wege – entweder den Weg des Sozialismus mit den anderen oder durch das Proletariat allein. Das Bürgertum hat die Wahl, den einen Weg oder den anderen zu wählen.“⁵

Die politische Resolution

Noch schärfer war die politische Entschließung der 1. Reichskonferenz der Arbeiterräte gehalten: „Der militärische und politische Zusammenbruch der Mittelmächte hat auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung erschüttert. Sie erweist sich täglich mehr außerstande, ihren Opfern Brot und Arbeit und damit die nackte Existenz zu sichern.

Der Sturz der alten politischen Gewalten und die Errichtung der Republik, die die politische Befreiung bringen soll, sind nicht das Ende, sondern erst der Anfang der Umwälzung. Der Sozialismus, der allein das Wirtschaftsleben wieder aufbauen und die wirtschaftliche Freiheit verwirklichen kann, ist zur Notwendigkeit für die ganze Gesellschaft geworden. (...)

Die Konferenz ruft die Arbeiterklasse auf, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Verwirklichung ihrer Grundforderung: Der Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsordnung.“⁶

Ein Gruß an Räteungarn

Am 21. März 1919 wurde in Ungarn die Räterepublik proklamiert. In dem Aufruf „An Alle!“ gab der Budapester „Revolutionäre Regierungsrat“, bestehend aus Sozialdemokraten und Kommunisten, der Welt den Machtwechsel bekannt und rief insbesondere die Arbeiterschaft Österreichs und Deutschlands auf, dem ungarischen Beispiel zu folgen. Der Reichsvollzugausschuss der österreichischen Arbeiterräte verabschiedete darauf eine von Friedrich Adler verfasste Antwort, in der die Unmöglichkeit des Nachvollzugs mit der totalen Abhängigkeit Österreichs von Lebensmittellieferungen aus den Ententeländern begründet wurde,



Widerstand der sich gelohnt hat

Rudolf Haunschmid

Regie: Simon Loidl und Peter März, Laufzeit ca. 44 Min., Ö 2008

Rudolf Haunschmid war Widerstandskämpfer, langjähriger Gewerkschafter und Gemeinderat der KPÖ in Linz. In dieser vom KZ-Verband/VdA Oberösterreich produzierten DVD erzählt er über sein Leben und seine Tätigkeit im Widerstand und gegen das Vergessen.

Die DVD kann zum Preis von 10.– Euro über den KZ-Verband bezogen werden (www.kzverband-ooe.at).

in der es aber zum Schluss hieß: „*All unsere Wünsche sind bei euch. Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, dass die Sache des Sozialismus siegen wird. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird. / Es lebe die internationale Arbeitersolidarität! / Es lebe der Sozialismus!*“⁷

Eine Stellungnahme zum Eisenbahnerstreik

Vom 26. bis 28. März 1919 streikte in Wien, Wiener Neustadt, Bruck an der Mur, Graz und anderen Städten das gesamte Personal der Südbahn, Ostbahn, Aspangbahn, Westbahn, Franz-Josephs-Bahn, Nordwestbahn, Nordbahn und Pressburger Bahn. In der Erklärung des Streikkomitees hieß es, dass die „hungernden und in Verzweiflung befindlichen Massen das Vertrauen verloren“ hätten und sie „dem Elend ein rasches Ende bereiten“ wollten.⁸ Der Leitartikel der *Arbeiter-Zeitung* bewertete den Ausstand folgendermaßen: „*Denn im letzten Grunde geht auch dieser Streik aus derselben Quelle hervor wie alle anderen sozialen Kämpfe unserer Zeit: daraus, dass die kapitalistische Ordnung den Volksmassen unerträglich geworden ist, dass die Volksmassen nach neuer Ordnung ihrer Arbeit, nach Selbstregierung in den Betrieben drängen. Wehe dem Staat, der diesem unwiderstehlichen Drang nicht rechtzeitig und klug nachzugeben versteht!*“⁹

Therese Schlesinger über das Rätesystem

Therese Schlesinger (1863–1940) war seit 1897 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und in der Folgezeit eine der führenden Funktionärinnen im Bereich der Frauen- und Bildungsarbeit. Am 4. April 1919 schrieb sie im theoretischen Organ der Partei:

„*In der Glut des ungeheuren Erlebens unserer Zeit vermehren sich aber die Träger dieses Willens in der rapidesten Weise und zahllose Männer und Frauen, die am 16. Februar¹⁰ noch einer bürgerlichen Partei ihre Stimme gaben, wollen heute schon mit ganzer Seele den Sozialismus. Das Rätesystem aber ist dazu berufen, dieses stürmisch anwachsende sozialistische Wollen wirksam zum Ausdruck zu bringen und dadurch die Nationalversammlung unwiderstehlich vorwärts zu treiben. (...)*

Der stets wachsende Druck, den die Despotie der Ententemächte politisch auf uns ausübt, die immer unerträgli-

cher werdende Not und dazu das anfeuernde Beispiel durch das ungarische Proletariat bewirken, dass heute schon der Drang, zu den energischsten revolutionären Mitteln zu greifen, in der Arbeiterschaft Deutschösterreichs ein sehr mächtiger ist. Sie ist der Diskussionen und Kompromisse mit den Gegnern gründlich überdrüssig geworden, seit sie sich die Macht zuzutrauen begonnen hat, diesen ihren gerechten Willen aufzwingen zu können.“¹¹

Die Soldatenräte melden sich zu Wort

Die 2. Reichskonferenz der Soldatenräte Deutschösterreichs, die am 5. und 6. April 1919 in Wien tagte, verabschiedete folgende EntschlieÙung: „*Die Reichskonferenz übermittelt dem Proletariat aller Länder BrudergrüÙe und fordert die Arbeiter der Ententeländer auf, ihre Regierungen zu verhindern, dass sie unserer Entwicklung immer neue Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Reichskonferenz steht auf dem Boden der sozialistischen Republik und erwartet von den Volksbeauftragten Deutschösterreichs, dass sie unverzüglich an jene unaufschiebbaren Aufgaben schreiten, die unsere Zeit dringend erheischt.*“¹²

„Eine ernste Warnung“

Unter diesem Titel stand ein Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte, den Friedrich Adler verfasste und der am 1. Mai 1919 veröffentlicht wurde: „*Mit Entschlossenheit und Disziplin haben die Arbeiterorganisationen Deutschösterreichs immer wieder dahin gewirkt, dass die revolutionären Umwälzungen, die der Krieg notwendig zur Folge haben muss, auf dem Wege der Verhandlungen durch gesetzliche Festlegung der neuen Formen erfolgen. Wir warnen aber die bürgerlichen Parteien davor, diese Selbstbeherrschung des Proletariats falsch zu deuten. Es lebt in ihm die unerbittliche Entschlossenheit, den Schritt zum Sozialismus (...) auch tatsächlich zu machen. Daran kann die Arbeiterschaft durch irgendwelche Zufälle der Arithmetik nicht gehindert werden. Dass in den Ausschüssen der Nationalversammlung eine bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, kann nichts an der Tatsache der realen Machtverhältnisse im Staate ändern. Das Proletariat fühlt sich als die entscheidende Klasse im Staate und ist entschlossen, den ihr gebührenden Einfluss unter allen Umständen in Anspruch zu nehmen und sich nicht von den paar Vertretern des ausbeuterischen*



Therese Schlesinger (1863–1940)

Kapitalismus in der Nationalversammlung seiner Rechte berauben zu lassen.

Das Proletariat bewahrt seine Ruhe in der Überzeugung, dass es ernst werden soll mit der Sozialisierung (...) Die Regierungsvorlage, die wesentlich auch unter dem Einfluss des Ausbeutertums zustande gekommen ist, stellt das Minimum dar, das zu fordern ist (...) Wir warnen daher die bürgerlichen Parteien vor dem verbrecherischen Plane, die Regierungsvorlage über die Sozialisierung in irgendeiner Weise im Sinne der Profitinteressen des Kapitals zu verändern oder auch nur die Verhandlungen zu verschleppen. Insbesondere wird die Entscheidung über die Enteignung uns darüber Klarheit verschaffen, ob wir von dieser Nationalversammlung erhoffen dürfen, dass sie den Ernst der Zeit versteht und die unerbittliche Entschlossenheit des Proletariats zu erkennen vermag.“¹³

Was ist sozialistische Demokratie?

Die im Aufruf enthaltene Passage von den „Zufällen der Arithmetik“ löste bei den bürgerlichen Parteien helle Empörung aus. In Antwort darauf schrieb Friedrich Adler am 10. Mai 1919: „*Nun, wo das Proletariat in seine entscheidenden Kämpfe eintritt, wo es sich nicht nur um die Demokratie, sondern um den Sozialismus handelt, ist es Zeit, sich bewusst zu sein, dass es im sozialistischen Sinne nur um eine Demokratie der Arbeitenden gehen kann. Nicht nur der alte Satz: ‚Wer nichts arbeitet, soll auch nichts essen!‘ ist Maxime sozialistischen Denkens, sondern ebenso sehr die Forderung: Wer nichts arbeitet, hat auch nichts dreinzureden!*“¹⁴

Ein nicht alltägliches Organisationsstatut

Statuten von Vereinigungen sind üblicherweise eine trockene, sich auf formale Regeln beschränkende Angelegenheit. Das von der 2. Reichskonferenz der Arbeiterräte am 3. Juli 1919 beschlossene Organisationsstatut unterschied sich davon erheblich:

„1. *Wesen und Aufgabe*

Die Arbeiterräte sind eine Klassenorganisation des Proletariats. Sie sollen den Willen und die Macht der klassenbewussten Arbeiterschaft, die in der Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel und im Klassenkampf das Mittel ihrer Emanzipation erkennt, verkörpern. Die Arbeiterräte sind daher ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats aller Richtungen innerhalb des Sozialismus. / (...)

3. *Wahlrecht und Wählbarkeit*

Zur Wahl in den Arbeiterrat sind alle in Stadt und Dorf ohne Unterschied der Tätigkeit, des Alters oder Geschlechtes berufen, die arbeiten und sich zur Arbeiterklasse zählen, einschließlich der arbeitslos oder arbeitsunfähig Gewordenen. / (...)

Wählbar sind nur jene, die ihrer Gewerkschaft, sofern eine solche besteht, und seit mindestens sechs Monaten (Heimkehrer seit mindestens drei Monaten) einer sozialistischen Partei angehören und das 18. Lebensjahr überschritten haben.

Der Privateigentümer eines Betriebes ist in diesem weder wahlberechtigt noch wählbar.“¹⁵

Der Linzer Arbeiterrat zum Generalstreik am 21. Juli 1919

Im Juni und Juli 1919 rief die Kommunistische Internationale die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu Solidaritätsaktionen für die von der Konterrevolution bedrohten Räterepubliken in Sowjetrußland und Ungarn auf. Der Appell fand auch in Österreich breiten Widerhall. Am 21. Juli 1919, einem Montag, erlebte Wien eine der größten Massenkundgebungen seiner Geschichte. Der Generalstreik, der auf Beschluss des Wiener Kreisarbeiterrats stattfand, war lückenlos. Auch im Wiener Becken von Schwechat über Wiener Neustadt bis Ternitz, im Ybbstal, in Linz, Steyr und Wels, in Stadt und Land Salzburg und in Vorarlberg (Bregenz, Dornbirn, Feldkirch und Bludenz) wurde gestreikt. Welche Gefühle die österreichischen Arbeiter und Arbeiterinnen damals beseel-



Demonstration des Wiener Arbeiterrates gegen den Kapp-Putsch, März 1920.

ten, zeigt das Flugblatt, das der Linzer Arbeiterrat herausgab:

„Der Vormarsch gegen Rußland und Ungarn und deren Niederwerfung steht bevor. Über den Leichnamen der beiden Staaten will der Kapitalismus die Fahne der Willkür und Herrschsucht neuerdings aufpflanzen und die Herrschaft über die ganze Menschheit wieder aufrichten.

Die klassenbewusste Arbeiterschaft der ganzen Welt aber kämpft gegen die Wiederaufrichtung dieser Kapitalistenherrschaft und für die Erringung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir bekunden daher auch durch die Arbeitsruhe unsere Solidarität mit der Internationalen, indem wir dem Worte Gefolgschaft leisten: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! / Der Arbeiterrat“.¹⁶

Aus der Prinzipienklärung der SARA

Im Sommer/Herbst 1919 kam es zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte (SARA), die in linker Opposition zur Linie der Parteiführung und ihrer Koalitionspolitik mit den Christlichsozialen stand. Ihr gehörten als prominenteste Exponenten Otto Leichter, dessen spätere Ehefrau Käthe Pick, Rudolf Goldscheid, Josef Frey, Alexander Täubler, Ernst Fabri, Franz Rothe, Josef Benisch, Heinrich Ferencz und andere an. In der von ihr am 14. Oktober 1919 veröffentlichten Prinzipienklärung hieß es:

„Die Angehörigen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte sind Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und wirken auf ihrem Boden für folgende Grundsätze:

1. *Das Ziel der sozialen Revolution ist die planmäßige, vollständige und möglichst rasche Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Proletariat die politische Macht ergreift und sich als herrschende Klasse konstituiert. Das tauglichste Kampfmittel zu diesem Zwecke sind die revolutionären Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. / (...)*

4. *Die richtigste Vorbereitung des Sieges der Arbeiterklasse sehen wir im planmäßigen Ausbau des Räteystems einschließlich der Betriebsräte. Diese Räte haben schon heute jene Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete der Verwaltung, zu übernehmen, zu denen die Bürokratie und die parlamentarischen Körperschaften nicht die Fähigkeit, die Macht oder den Willen besitzen. Sie haben sich aber auch zielbewusst darauf vorzubereiten, im gegebenen Moment diese Faktoren ersetzen zu können.“¹⁷*

Ein Arbeitsprogramm aus Oberösterreich

Dem Linzer Arbeiterrat, bereits im Dezember 1917 illegal gegründet und sich am 14. November 1918 erneut konstituierend, kam im Rahmen der gesamtösterreichischen Rätebewegung stets eine herausragende Stellung zu. Er förderte unter der Leitung von Richard Strasser, eines profiliert linken sozialdemokratischen Arbeitervertrauensmannes aus der Linzer Schiffswerft, tatkräftig und entschlossen die Selbstinitiative der Massen.¹⁸ Auch sein Nachfolger seit Mai 1920, Richard Bernaschek – jener, der am 12. Februar 1934

das Signal zum Aufstand gegen die Fasisierung Österreichs setzen sollte –, behielt diese Linie bei. Aus seiner Feder stammt das *Arbeitsprogramm des oberösterreichischen Landesarbeiterrats* vom Dezember 1920, mit dem wir die Dokumentation abschließen wollen:

„Aufgabe des Arbeiterrates ist, alle gründlichen Vorbereitungen zu treffen, um den Übergang aus der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung möglichst rasch und zielsicher durchführen zu können.

Die Sammlung, Organisation und Schulung aller revolutionären Kräfte des Proletariats ist hiezu eine Vorbedingung.

Um das Proletariat wehrhaft zu erhalten, hat der Arbeiterrat auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens jetzt schon alle zweckdienlichen Mittel anzuwenden, damit die physische und geistige Kraft geschärft und gesteigert wird.

Deshalb teilen sich die Aufgaben des Arbeiterrates in solche, welche der gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft Rechnung tragen und in Aufgaben, welche auf die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsordnung gerichtet sind.

In der Erfüllung dieser Aufgaben sind daher folgende Richtlinien bindend:

I. Propagierung des Rätessystems:

a) In allen Versammlungen und in der Presse ist mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, dass nur die Übernahme der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterschaft, das ist die Diktatur des Proletariats, die Rettung aus dem Zusammenbruch bringen kann.

b) Diese Propaganda ist auch auf die Provinz auszudehnen und deshalb mit den landwirtschaftlichen Arbeitern eine innige Verbindung herzustellen.

c) Überall, wo die Möglichkeit gegeben ist, sind Arbeiterräte zu gründen, um der Machtposition des Klerikalismus eine solche des revolutionären Proletariats gegenüber zu stellen.

II. Erhaltung und Stärkung der Aktionsfähigkeit des Proletariats:

a) Der Arbeiterrat sieht in jeder Spaltung eine Gefährdung der Aktionsfähigkeit des Proletariats. Deshalb ist die Sammlung aller revolutionären proletarischen Parteien eine Unerlässlichkeit, da der Arbeiterrat ein Instrument gemeinsamer Aktion des Proletariats sein muss.

b) Verschärfungen bestehender Gesetze sind unter Zuziehung des Arbeiterrates zu verhindern.

c) Die enge Verbindung mit der gesamten bewaffneten Macht des Staates (Bundesheer, Gendarmerie und Polizei), das sind Proletarier im Waffenrock, ist aufrecht zu erhalten, und für die Aufklärung in ihren Reihen zu sorgen.

III. Schulung der Arbeiterräte:

a) Diese programmatische Erklärung wird im Einvernehmen mit den Bezirks-



Richard Bernaschek (1888–1945)

arbeiterräten zu einem bindenden Programm im Bereich des Landesarbeiterrates Oberösterreich gemacht.

b) Zur restlosen Erfassung des Programms und Vertiefung des sozialistischen Wissens sind Vorträge und Kurse zu veranstalten und deren Besuch zu propagieren.

c) In diesen, sowie im Plenum des Arbeiterrates sind alle aktuellen politischen und wirtschaftlichen Probleme zu erörtern.

IV. Erhaltung der Errungenschaften der Republik:

a) Vor allem ist mit unentwegter Zähigkeit an dem Achtstundentag festzuhalten, ebenso an der Arbeitslosenunterstützung, Arbeitsvermittlung, den Schutzgesetzen für Bergarbeiter etc.

b) Das Gesetz über die Betriebsräte und die Arbeiterurlaube darf auf keinen Fall umgangen werden.

c) Jede Umgehung oder Nichteinhaltung ist dem Arbeiterrat sofort zu berichten.

d) Auf die Gleichheit vor dem Gesetz

ist besonderes Augenmerk zu richten.

V. Politische Verwaltung:

a) In allen Verwaltungszweigen haben die Arbeiterräte zu fordern, dass sie demokratisch und rasch arbeiten.

b) Die bürokratische Verwaltung ist ohne Energie und schleppend, wenn es gilt, dem Proletarier zu helfen. Deshalb haben die Arbeiterräte die Pflicht, auf die Verwaltung Einfluss zu nehmen. Dies wird nach dem Bundesverfassungsgesetz auch leichter möglich sein.

VI. Wirtschaftliche Aufgaben:

Zur Einführung der sozialistischen Planwirtschaft sind sofort folgende Aufgaben durchzuführen:

a) Organisation der Betriebsräte nach Wirtschaftszweigen in jedem politischen Bezirk. Organisatorisch hat dann der weitere Aufbau zu erfolgen. Diese in Wirtschaftszweigen organisierten Betriebsräte haben jetzt schon auf die gesamte Produktion Einfluss zu nehmen.

b) Eine genaue Statistik über den Bedarf der wichtigsten Bedarfsartikel ist anzulegen.

c) Die Rohstoffbeschaffung, die Erzeugung und der Absatz der Fertigwaren ist zu überwachen.

d) Auf die Einschränkung oder Erweiterung des Betriebes und der Produktion ist Einfluss zu nehmen.

VII. Zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage:

a) Die gerechte Forderung, dass ohne Durchführung der Vermögensabgabe die neue Einkommensteuer von der Arbeiterschaft nicht entrichtet werden kann, ist mit allen Mitteln zu unterstützen.

b) Eine Kontrolle der Geschäfte auf Preistreiberei und Wucher hat neuerdings verschärft einzusetzen.

c) Zur Kontrolle der wegen Preistreiberei verhängten Strafen ist eine Statistik anzulegen, weil die Urteilsfällung mit dem Strafvollzuge in keinem Einklang steht.

Neuerscheinung

Gerhard Oberkofler:

Nikolaus Grass

**Einige wissenschaftliche
Miniaturen aus Briefen und seine
Korrespondenzen mit dem
Prager Juden Guido Kisch**

Innsbruck, Wien, Bozen:
StudienVerlag 2008

528 S., zahlr. Abb., 39,90– Euro
Bestellungen: wzv@gmx.at

d) Ebenso ist die Verteilung der Lebensmittel und der sonstigen notwendigen Bedarfsartikel zu kontrollieren.

e) Gestaffelte Preise nach dem Einkommen und Vermögen sind mit allem Nachdruck anzustreben.

f) Bei Lieferungsverweigerung ist die Beschlagnahme aller Vorräte an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln für die Arbeitenden sofort durchzuführen.

VIII. Allgemeine Fürsorge:

a) Zur menschenwürdigen Unterkunft der arbeitenden Familien sind alle unzulänglich benützten Wohn- und für die Allgemeinheit nicht notwendigen Geschäftsräume anzufordern.

b) In sämtlichen Wohnungskommissionen haben die Arbeiterräte für die Interessen der Arbeiterschaft mit aller Schärfe einzutreten.

c) Eine Kontrolle der schlechten Arbeitsstätten und Wohnungen ist durch die Arbeiterräte von Zeit zu Zeit, bei Anzeige sofort, vorzunehmen.

d) Ein ständiger Hilfsdienst für alle Armen und Notleidenden ist einzurichten.

e) Schutz und Beistand den Eltern und Kindern, welche trotz der Schulreform in der Schule Schikanen ausgesetzt sind.

IX. Zum Schutze gegen die Reaktion:

a) Überall, wo Arbeiterräte bestehen, ist eine Arbeiterwehr zu gründen.

b) Gegen alle Eventualitäten der bewaffneten Reaktion ist Vorsorge zu treffen, um dadurch jeden Angriff rasch und energisch abwehren zu können.¹⁹

Daran, dass es die massenhaft politisierte, radikalisierte, auf die Errichtung einer sozialistischen Ordnung drängende Arbeiterschaft war, die 1918/19 die Entwicklung in Österreich vorantrieb, hat sich die herrschende Klasse niemals gerne erinnert. Denn sie weiß recht gut, wie akut damals die Gefahr war, von den mobilisierten und gegen die Verhältnisse aufstehenden Volksmassen in den Abgrund gestoßen zu werden. Dass wir Österreicher und Österreicherinnen auch eine solche Tradition besitzen, darauf können Menschen, denen der Zeitgeist des kapitalistischen Neoliberalisierungswahns widerstrebt und der sie anekelt, nicht nur stolz sein, sondern auch Schlussfolgerungen für die Gegenwart und Zukunft ziehen.

Anmerkungen:

1/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924 = Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–Zürich 1987.

2/ Oberösterreichisches Landesarchiv Linz,

Neuerscheinung

Hans Hautmann (Hg.): „Wir sind keine Hunde“. **Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien.** Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“.

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 11), ca. 100 S., 8,- Euro

Die in der Publikation wiedergegebenen Dokumente, stammend aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, sind in ihrer Art einzig dastehende Zeugnisse dafür, zu welchen Ergebnissen ökonomische Machtverhältnisse, durch staatliche Zwangsgesetze untermauert und begünstigt, führen können. Ihre Auswirkungen trafen mit voller Härte die arbeitenden Menschen in einem Gesellschaftssystem, das damals bei uns herrschte, und das, nach Überwindung seines dreißigjährigen Intermezzos als Sozial- und Wohlfahrtsstaat, heute in Österreich wieder zur Normalität zurückkehrt.

Das erste, längere Dokument, bereits 1920 veröffentlicht, aber längst schon vergessen und unbekannt, enthält die Berichte von Gewerkschaftsfunktionären über die Zustände in den militarisierten Industriebetrieben. Sie sind eine derart schreiende Anklage gegen den Krieg und das kapitalistische System, dass sie sogar in ein Hauptwerk der Weltliteratur des 20. Jahrhunderts eingingen: in die „Letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus. Das zweite, kürzere Dokument ist ein seltenes und überaus lehrreiches Beispiel dafür, wie hinter verschlossenen Türen Konzernchefs, ganz unter sich, aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen.

In der Einleitung des Herausgebers werden die beiden Dokumente in ihren historischen Kontext gestellt, die Ursachen und Folgen des Arbeitertages 1916 beschrieben sowie Schlussfolgerungen in Richtung einer längst überfällig gewordenen Revision des herrschenden Geschichtsbildes von der Habsburgermonarchie, aber auch zur Einschätzung heutiger kapitalistischer Verhältnisse gezogen.

Faszikel 78, Ap. 1174/3231–19 II/3. Forderungsprogramm des Arbeiterrates Wels vom 1. Februar 1919.

3/ *Arbeiter-Zeitung*, 2. März 1919, S. 3.

4/ Ebenda, 2. März 1919, S. 3f.; 3. März 1919, S. 2.

5/ Ebenda, 3. März 1919, S. 3.

6/ Ebenda.

7/ Ebenda, 23. März 1919, S. 1.

8/ Ebenda, 28. März 1919, S. 2.

9/ Ebenda, S. 1.

10/ Am 16. Februar 1919 fand die Wahl in die Konstituierende Nationalversammlung statt. Die Sozialdemokratie wurde mit 40,76 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei, gefolgt von den Christlichsozialen (35,93 Prozent) und den Deutschnationalen (18,36 Prozent). Die Kommunistische Partei boykottierte die Wahl. Erstmals hatten in Österreich auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Therese Schlesinger gehörte zu den ersten Frauen, die damals in das Parlament als Abgeordnete einzogen.

11/ Therese Schlesinger, Das Räteystem in Deutschösterreich, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 4, Wien 1919, S. 181f.

12/ *Arbeiter-Zeitung*, 7. April 1919, S. 4.

13/ Ebenda, 1. Mai 1919, S. 2.

14/ Friedrich Adler, Die Zufälle der Arithmetik und das Schicksal der Sozialisierung, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 6, Wien, 10. Mai 1919, S. 259.

15/ Organisationsstatut der Arbeiterräte Deutschösterreichs. Beschlossen von der 2. Reichs-

konferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs am 3. Juli 1919, S. 1f.

16/ Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien, Arbeiterrat, Sammlung Oberösterreich, Mappe 14, Nr. 43.

17/ Josef Benisch, Die Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft revolutionärer Arbeiterräte, in: *Der Kampf*, 12. Jg., Nr. 36, Wien 1919, S. 798.

18/ Hans Hautmann, Als Arbeiter und Soldaten mitregierten. Ein Rückblick auf die Rätebewegung in Linz, in: Franz Kain/Hans Hautmann/Leo Furtlehner, Verdrängt, vergessen, verschwiegen. Beiträge zum 500-Jahr-Jubiläum der Stadt Linz, Linz 1990, S. 45f.

19/ Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien, Arbeiterrat, Sammlung Oberösterreich, Mappe 14, Nr. 72.

Generalversammlung

der Alfred Klahr Gesellschaft

Samstag, 17. Jänner 2009

Café-Restaurant Caktus II
Pernerstorfergasse 9,
Extrazimmer, 1100 Wien

Beginn: 15.30

**Frist für die Einbringung
schriftlicher Anträge ist der
3. Jänner 2009.**